

Bürgerinitiative Grundwasser Kaarst e.V.

Bürgerinitiative Grundwasser Kaarst e.V. • St. Eustachiusplatz 1 • 41564 Kaarst

┌

┐

St. Eustachiusplatz 1
Tel.: 02131/2052470
(Klaus-Dieter Pruss)

An die Vertreter der örtlichen Presse

Internet:
www.grundwasser-kaarst.de
www.grundwasser-vorst.de

E-Mail:
webmaster@grundwasser-kaarst.de

└

┘

Kaarst, den 20.07.2004

Pressemitteilung bezüglich Sitzung des BUNA vom 13.07.2004 und der Ratssitzung vom 15.07.2004

Missbrauch der Macht

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend erhalten Sie unsere Pressemitteilung vom heutigen Tage.

Eine eindrucksvolle Demonstration der Macht der Mehrheitsfraktion erhielten die Bürger der Stadt Kaarst in der jüngsten Ratssitzung am 15.07.2004. Mit Stimmen der CDU und FDP wurde den Bürgern die Chance eines Vortrages in der Ratssitzung zur Information der Politiker genommen. Die CDU lehnte den Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der UWG auf Einräumung eines Rederechtes für die Bürger ab. Dieses Verhalten zeigt deutlich, dass die Mehrheitsfraktion derzeit mit einer absoluten Mehrheit nicht umgehen kann. Es fehlt die notwendige Souveränität, die mit einer solchen Stellung verbunden sein muss. Sichtbar wird diese Angst vor einer Diskussion mit den Bürgern auch durch die Feststellung des Sprechers der CDU in Sachen Grundwasser im BUNA, Herrn Rolf Esser, der die Zusammenarbeit mit den Bürgern schlichtweg „zum Kotzen“ findet. Dieses durfte er - vom Bürgermeister als Sitzungsleiter ungerügt - auch auf der Ratssitzung wiederholen. Ein deutliches Zeichen für die Bürgernähe unseres Rates.

Aber auch die Opposition bot Anlass zur Kritik. Der Sprecher der SPD in Sachen Grundwasser und Vorsitzender des BUNA, Herr Wolfgang Hübner schloss sich der Stimmungsmache der CDU an. Dass er nur Beifall aus diesen Reihen erntete und seine Fraktion betroffen schwieg, focht ihn nicht an, sondern lies in zur Höchstform auflaufen. Er behauptete allen Ernstes, die Bürger seien nicht in der Lage, die komplexen Zusammenhänge zu begreifen, so dass man Nachsicht üben müsse für die unnötige Aufregung. Leider vergisst Herr Hübner, dass bisher alle Informationen in Kaarst von Bürgergruppen und alle Aktionen ebenfalls von Bürgern angestoßen wurden und man Rat und Verwaltung bisher zu jedweder Entscheidung „tragen“ musste. Da die Verantwortlichen der Stadt Kaarst Lücken im Bereich des Förderrechtes offenbarten, ihnen sogar ein Antrag auf vorzeitigen Baubeginn gänzlich unbekannt war, sollten Sie auf die bewährte Hilfe der Bürger zurückgreifen, die im Leben und im Beruf über Jahrzehnte Ihren Mann bzw. Frau gestanden haben. Eine solche unsäglich ideenlose Mangelverwaltung wäre der Tod eines jeden Unternehmens. In der freien Wirtschaft würden aus diesem Verhalten Konsequenzen abgeleitet. Nicht so in Kaarst. Es ist nur noch als bodenlose Unverschämtheit zu bezeichnen, wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU droht, dass jede Aktivität einge-

Bankverbindung: Stadtparkasse Kaarst-Büttgen, BLZ: 305 512 40, Konto-Nr. 304 006

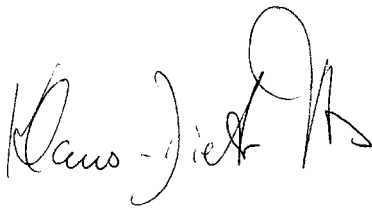
Vorsitzender: Klaus-Dieter Pruss; 1. stellvertr. Vorsitzender: Bernhard Burghaus; 2. stellvertr. Vorsitzende: Dr. Dagmar Spona

stellt wird, wenn jemand – gemeint war die Bürgerinitiative Grundwasser Kaarst - klagen sollte und der Bürgermeister ergänzt, dass der Erftverband, als einer der Hauptverursacher des Schlammdisasters, durch alle Instanzen klagen würde, notfalls bis zum Bundesverwaltungsgericht, wenn eine Umlage für die Entschlammung eingefordert wird. Auch wenn Herr Moormann diese Aussage ein wenig relativiert hat, wiederholte er die Kernaussage, dass der Erftverband keinen Cent zur Entschlammung beitragen will. Dass Herr Kallen gar nicht für den Wasser- und Bodenverband sprechen kann, macht die Interessenkollision deutlich, die eine Verbindung von Bürgermeisteramt und dem Amt des Verbandsvorstehers verbieten sollte. Auch wenn die Mehrheitsfraktion glauben machen will, dass die Fakten unklar sind, zeigt sich objektiv ein anderes Bild:

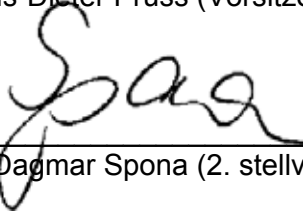
- 1.) Verbandsvorsteher und Bürgermeister der Stadt Kaarst liegen die Ergebnisse, die in der UAG III des Landes vorgetragen wurden, vor. Ein Abwarten auf Ergebnisse dieses Termins ist eigentlich überflüssig
- 2.) Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist zur Unterhaltung des Gewässers unabhängig von der Grundwasserproblematik verpflichtet, d.h. die Entschlammung muss in jedem Fall durchgeführt werden, da der Kanal sich zunehmend zusetzt. Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist überflüssig, die Grundwasserthematik ist nur ein positiver Nebeneffekt. Der Verbandsvorsteher wich im BUNA einer eindeutigen Frage mit den Worten „Herr Vorsitzender, ich empfinde Ihre Frage als mehrdeutig“ aus.
- 3.) Nur ein Teil der genannten 4,7 Mio Euro entfällt bei einer Umlage auf Kaarst, die Zahlen werden den Bürgern vorenthalten
- 4.) Die Stadt Kaarst hat die Mehrheit im Verband und benötigt keine Abstimmungen, wozu sie im übrigen auch ausreichend Zeit gehabt hätte. Bis heute ist hier nichts geschehen.
- 5.) Der Verbandsvorsteher hat Kenntnis darüber, dass durch das satzungswidrige Verhalten des Vorstandes zusätzliche Kosten entstehen werden, da die Untere Wasserbehörde ihn darüber informiert hat, dass zwei Deponien am 31.07.2005 schließen und die Verbringung zu weiter entfernten Deponien mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist.
- 6.) Die Aufsichtsbehörde des Verbandes prüft nicht die ausreichende Pflege des Nordkanals, sondern nur, ob der selbstgefertigte Plan eingehalten wurde. Eine andere Behauptung ist schlichtweg irreführend.
- 7.) Betroffen sind städtische und private Gebäude, eine Aufstellung hat die Stadt Kaarst nicht gemacht, eine Rückstellung für die Schadenbeseitigung nicht gebildet
- 8.) Der vorhersehbare Wertverlust von Grundstücken ist bereits eingetreten: Bauträger sind nur noch schwer zu einem Engagement in Kaarst zu bewegen.
- 9.) Beim Bau des Seniorenstiftes der Johanniter gab es zeitliche Verzögerungen und Mehraufwand wegen eines Grundwassereinbruches in der Baugrube. Herr Moormann wurde anlässlich des Richtfestes darüber seitens des Bauträgers Hout Consens öffentlich informiert. Die Grundwasserthematik hat sich längst auf das Kaarster Stadtgebiet ausgeweitet und führt zu einer Abwertung des Baugrundes im gesamten Stadtgebiet.

Ein Vorstandsvorsteher, der die Neutralität seines Verbandes zu Lasten aller Mitglieder aufgibt, weil er durch die Interessenkollision mit seinem Bürgermeisteramt gebunden ist und bei anderem Verhalten Schelte von der Mehrheitsfraktion riskiert, ist in einem solchen Amt nicht tragbar. Er richtet Schäden an, die noch von der nächsten Generation zu tragen sind, da Gebäude bei Vernässung dauerhaft Schaden nehmen und der Stadthaushalt für die Beseitigung zu einem späteren Zeitpunkt deutlich höher belastet werden wird. Dies wird auch nicht durch eventuelle geisterhafte Fördermittel aufgewogen, von denen niemand weiß, woher sie kommen sollen. Vorsichtshalber hat die Stadt Kaarst oder der Wasser- und Bodenverband auch keinen Antrag gestellt, getreu dem Grundsatz „Wer nichts tut, kann auch nichts verkehrt machen“.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Dieter Pruss (Vorsitzender)



Dr. Dagmar Spona (2. stellvertr. Vorsitzende)